

GEDENKDIENTST

Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog
Association for historical and political education and international dialogue

Statement Verein GEDENKDIENTST zur aktuellen Regierung der FPÖ und ÖVP

Der Verein GEDENKDIENTST trägt seit 26 Jahren dazu bei, geschichts- und gesellschaftspolitische Aufklärungsarbeit zu leisten, der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik zu gedenken, die nationalsozialistische Vergangenheit, ihre Vorgeschichte und deren Kontinuitäten in der österreichischen Gesellschaft und Politik kritisch zu betrachten und letzteren entgegenzutreten. Demnach beziehen wir aktiv Position gegen Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Sexismus und rechtsextremen Gedankengut. Aus diesem Grund sehen wir uns verpflichtet, in folgenden Punkten Kritik an der amtierenden Bundesregierung zu üben.

Gegründet von hochrangigen Nationalsozialisten, ist die Freiheitliche Partei Österreichs seit ihrem Bestehen von rassistischen, antisemitischen und deutschnationalen Gedankengut geprägt.¹ Es überrascht nicht, dass sie nahezu wöchentlich durch sogenannte ‚Einzelfälle‘ auf sich aufmerksam macht, denn diese sind lediglich Ausdruck der dahinterstehenden Struktur: 17 von 51 Nationalratsabgeordneten sind Burschenschafter, 2 sind Minister und weitere in anderen einflussreichen politischen Funktionen.² Jährlich besuchen auch verschiedene ehemalige und aktive FPÖ-Funktionäre die Gedenkveranstaltung an den Nationalsozialisten Walter Nowotny und zeigen damit auf, in welcher erinnerungspolitischen Tradition die Partei steht.³ Die Grenze zwischen revisionistischem Geschichtsverständnis, rassistischen Aussagen sowie hetzerischen Forderungen gegenüber Ausländerinnen und Ausländern ist fließend. So war beispielsweise am 17. September 2018 auf der offiziellen Facebook-Seite der FPÖ Vöcklamarkt zu lesen: „Schütze Deine Rasse, es ist das Blut Deiner Ahnen!“⁴ Der nächste rassistische Vorfall ließ nicht lange auf sich warten.⁵ Auch wenn es immer wieder Entschuldigungen, Rücktritte, Ausschlüsse und Bedauern gibt, bleiben die Ideen und deren VertreterInnen nach wie vor erhalten. So ist auch Udo Landbauer seit 20. September 2018 wieder Abgeordneter zum Landtag von Niederösterreich. Seine Mitgliedschaft und Tätigkeiten in der *Burschenschaft Germania zu Niederösterreich* sowie deren antisemitischen und rassistischen Liederbücher stören die FPÖ wenig. Doch auch der Regierungspartner sieht keinen Handlungsbedarf – seien die Aussagen und Fehltritte auch noch so dreist, verstörend und inakzeptabel.

Die ÖVP setzt im Rahmen ihrer Regierungsarbeit zwar erinnerungspolitische Maßnahmen, angesichts der tolerierenden Haltung, die sie gegenüber der FPÖ und den diversen ‚Einzelfällen‘ einnimmt, erscheint dies jedoch reinen Alibi Charakter zu haben. So gingen die Reaktionen der ÖVP auf rassistische, antisemitische und deutschnationale Skandale der FPÖ seit Regierungsantritt nicht über distanzierende Kommentare hinaus. Es wurden keine nennenswerten Konsequenzen gesetzt und das xenophobe Verhalten des Koalitionspartners damit legitimiert. Im Gegenteil betreibt die ÖVP selbst zunehmend diskriminierende Politik und trägt dadurch zu einem Klima der Angst und Ausgrenzung bei.

Der Verein GEDENKDIENTST lehnt vor diesem Hintergrund die Regierungsbeteiligung der FPÖ kategorisch ab und verweigert die gemeinsame Teilnahme an jeglicher Gedenkveranstaltung. Ebenso nehmen wir keinerlei Spenden von der FPÖ, rechten oder rechtsextremen Vereinen, Organisationen und Institutionen an – eine klare Haltung seit 1992. Wir erwehren uns der Versuche uns als gedenkpolitisches ‚Feigenblatt‘ instrumentalisieren zu lassen. Wir erinnern daran, dass die Republik Österreich, und damit die gewählten RepräsentantInnen, eine historische Verantwortung tragen, eine aktive und kritische Erinnerungsarbeit zu leisten sowie konsequent gegen Antisemitismus und Rassismus aufzutreten!

Wir solidarisieren uns vor diesem Hintergrund mit jenen Organisationen und Initiativen, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von MigrantInnen sowie Minderheiten und marginalisierten Gruppen in Österreich einsetzen und derzeit von massiven Einsparungen seitens der Regierung betroffen sind somit deren Existenz bedroht ist. Wir wollen uns nicht nur den Problemen des wiederaufkeimenden Antisemitismus, des Rassismus sowie den Resten der nationalsozialistischen Geisteshaltungen in unserer Gesellschaft stellen, sondern uns gemeinsam um Aufklärung bemühen sowie am Aufbau einer offenen und humanistischen Gesellschaft mitwirken.⁶

¹ Vgl. Margit Reiter, Der große Unbekannte: Anton Reinthaller – NS-Multifunktionär und Gründer der FPÖ, in: *GEDENKDIENTST* 1 (2018), 1–3.

² Vgl. Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU), Korporierte FPÖ-PolitikerInnen, Artikelsammlung „Ball & Burschen“, Stand 21.01.2016, unter: <https://forschungsgruppefipu.wordpress.com/2016/01/21/korporierte-fpoe-funktionaeremandatere> (29.12.2018).

³ Vgl. FPÖ-Politiker gedenken erneut des NS-Piloten Nowotny, 12.11.2018, unter: <https://derstandard.at/2000091156329/FPoe-Politiker-gedenken-erneut-Nowotny-Fliegerpilot-der-Nazis> (29.12.2018).

⁴ Colette M. Schmidt, Nazi-Posting auf blauer Facebook-Seite, 17.12.2018, unter: <https://derstandard.at/2000087515029/Nazi-Posting-auf-blauer-Seite> (29.12.2018).

⁵ Vgl. Der Standard Redaktion, Nur Einzelfälle? Die lange Liste rechter Ausrutscher, 21.11.2018, unter: <https://derstandard.at/2000072943520/einzelfall-ausrutscher-fpoe-oevp-regierung> (29.12.2018).

⁶ Vgl. Norbert Hinterleitner u.a., GEDENKDIENTST: Stellungnahme zur neuen Bundesregierung, in: *GEDENKDIENTST* 1 (2000), 3.